U18 JUGEND-FRAGEN

1 BETEILIGUNG

» Wie werden Sie sich für eine bessere und wirksamere Jugendbeteiligung auf Bundesebene einsetzen, damit junge Menschen künftig wirksamer an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben? «

SPD

Kinder und Jugendliche müssen auf Augenhöhe beteiligt werden und dabei Selbstwirksamkeit erfahren – überall dort, wo sie von Entscheidungen betroffen sind. Sie sollen von Anfang an lernen und erleben, dass es sich lohnt, sich mit eigenen Meinungen und Ideen einzubringen. Schon in den Kitas und vor allem in Schulen müssen Kinder und Jugendliche daher alles, was die Schulgemeinschaft, ihre Lernprozesse und Lerninhalte betrifft, aktiv mitgestalten können. Und Jugendliche sollen auf allen Ebenen aktiv in politische Prozesse einbezogen werden. Wir wollen daher die Jugendstrategie der Bundesregierung aktualisieren und fortführen und die Beteiligung von Jugendlichen in kommunalen Jugendhilfeausschüssen gesetzlich verankern.

CDU CSU

Die Jugend ist unsere Zukunft. Ihre Stimme und ihre Erfahrungen sind unheimlich wertvoll. Wir setzen uns daher für eine stärkere Jugendbeteiligung auf Bundesebene durch gezielte Maßnahmen zur Förderung der politischen Bildung und Partizipation junger Menschen ein. Dazu gehört die Stärkung der politischen Bildung in Schulen und die Förderung von Jugendorganisationen. Zudem werden CDU und CSU digitale Plattformen nutzen, um den Dialog zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgern zu erleichtern. Durch diese Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass die Stimmen der Jugend in politischen Entscheidungsprozessen stärker Gehör finden und ihre Anliegen berücksichtigt werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wir wollen Räume schaffen und stärken, in denen junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können. Dabei spielen für uns Kinder- und Jugendparlamente eine wichtige Rolle. Wir haben als Teil der Regierung die Jugendbeteiligung bereits vorangebracht. Mit dem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung haben wir die Jugendstrategie der Bundesregierung weiterentwickelt. Dabei wurden und werden wirksame Formate der Beteiligung junger Menschen angewandt. Beispielhaft genannt sei hier die Neubesetzung des jugendpolitischen Beirats des BMFSFJ: Seit 2022 sind erstmals auch junge Menschen unter 27 Jahren Mitglieder.

Freie Demokraten FDP

Wir finden: Junge Menschen sollen als mündige Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können! Darum setzen wir uns dafür ein, das Wahlalter bei der Bundestagswahl auf 16 Jahre zu senken – so wie es schon bei der Europawahl möglich ist. Es geht um ihre Zukunft, also ist es nur fair, dass junge Menschen mitbestimmen. Gleichzeitig müssen alle die Chance haben, sich politisch zu informieren und einzubringen. Deshalb wollen wir die politische Bildung in der Schule stärken und mehr Gelegenheiten schaffen, bei denen jane Menschen Gehör finden. Junges Engagement zählt – für eine starke Demokratie!

DIE LINKE.

Die Linke will Jugendbeteiligung auf allen politischen Ebenen stärken, indem wir echte Mitspracherechte schaffen – denn die Politik wird immer noch von den Alten dominiert. Wir wollen Wahlrecht ab 16 Jahren, damit junge Menschen direkt mitbestimmen können. Wir wollen Jugendparlamente, Jugendräte und anderen Beteiligungsformate fördern: Sie müssen finanziell besser ausgestattet und ernsthaft in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Wenn Gesetzesvorhaben junge Menschen betreffen, müssen junge Menschen dazu auch angehört und eingebunden werden. Unsere Vision ist eine Politik, die junge Perspektiven ernst nimmt und ihnen echte Einflussmöglichkeiten gibt.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Junge Menschen sind in politische Entscheidungsprozesse, die sie unmittelbar betreffen, zu wenig eingebunden. Ein gutes Beispiel hierfür war der Umgang mit ihnen während der Corona-Krise. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen. Wir wollen Mitgestaltungsrechte von Jugendlichen auf allen Ebenen ausbauen und setzen uns für eine Institutionalisierung von Beteiligungsstrukturen ein. Die zahlreichen Jugendverbände müssen hierfür gestärkt werden. Zudem brauchen wir in der Schule eine Ausweitung von Mitbestimmungsrechten. Wir wollen eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Die Teilhabe von jungen Menschen an politischen Entscheidungsprozessen muss unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihres Wohnortes gestärkt werden.

2 EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

» Wie werden Sie die Interessen von jungen Menschen in allen Bereichen der Politik einbeziehen und welche konkreten Maßnahmen würden Sie dafür ergreifen? «

SPD: Unser Verständnis von Jugendpolitik ist schon seit vielen Jahren das eines eigenständigen Politikfeldes – eine Politik „aus einem Guss", die die Interessen junger Menschen einbezieht und ihnen unabhängig von ihrer Herkunft ein gutes Aufwachsen ermöglicht. Dabei haben wir bereits einige Fortschritte erzielt: Die gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung, der JugendCheck für neue Gesetzesvorhaben, das Wahlalter 16 bei den Europawahlen sowie viele Schritte zur besseren materiellen Absicherung junger Menschen – wie die Mindestausbildungsvergütung und die Stärkung des BAföG. Das wollen wir auch zukünftig in allen Bereichen konsequent fortsetzen.

CDU CSU: CDU und CSU setzen sich für eine eigenständige Jugendpolitik ein, indem wir die Interessen junger Menschen in allen politischen Bereichen berücksichtigen. Denn ihre Ideen, Wünschen und Träume sind für unsere Arbeit von großer Bedeutung. Die politische Bildung und Partizipation junger Menschen werden wir durch gezielte Programme und Projekte fördern Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie der Unterstützung von Start-ups und innovativen Projekten, um jungen Menschen Perspektiven zu bieten.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN: Wir setzen einen besonderen Schwerpunkt darauf, der jungen Generation Gehör zu verschaffen, sie zu unterstützen, zu entlasten und in ihren Rechten zu stärken. Gleichzeitig wollen wir ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung deutlich ausbauen. Mit einem Sonderprogramm fördern wir gezielt die Kinder- und Jugendarbeit und stocken Mittel für den Kinder- und Jugendplan sowie die sogenannten Frühen Hilfen auf. Besonders migrantische Jugendverbände werden dabei stärker unterstützt. Die Lebenswelten junger Menschen möchten wir gemeinsam mit ihnen gestalten und ihre Mitbestimmung fördern – etwa durch Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente.

Freie Demokraten FDP: Wir wollen, dass jede und jeder die besten Voraussetzungen hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Deshalb machen wir uns stark für gute Bildung – von der Kita bis zur Berufsausbildung.
Unser Startchancenprogramm sorgt für bessere Ausstattung an Schulen, besonders dort, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Mit mehr und besseren Angeboten zur Berufsorientierung wie Azubi-Botschaftern und Jugendberufsagenturen sowie einem elternunabhängigen BAföG wollen wir dabei helfen, den eigenen Weg zu gehen. Wir setzen uns auch dafür ein, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen und das Wahlalter auf 16 zu senken – und so die Stimme junger Menschen zu stärken. Initiativen wie Jugendparlamente unterstützen wir, um Partizipation und demokratisches Engagement zu fördern.

DIE LINKE: Die Linke unterstützt eigenständige Jugendpolitik. Wir werden dafür weiter Druck auf die anderen Parteien machen. Um die eigenen Interessen von Jugendlichen vertreten zu können, müssen Jugendliche an Politik teilnehmen können – dafür braucht es Zeit. Der Schulalltag wird immer stressiger und viele junge Menschen müssen noch arbeiten, weil sonst das Geld nicht reicht. 22% der Jugendlichen sind von Armut betroffen. Die Ampel hat ihr Versprechen einer Kindergrundsicherung nicht gehalten. Wir wollen, dass Kinder und Jugendlichen keine Geldsorgen haben müssen. Außerdem wollen wir mehr Freiräume: Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen und Bibliotheken sollen überall wohnortnah und kostenfrei sein.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Eine wirksame eigenständige Jugendpolitik umfasst die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Jugendarbeit, der Jugendverbands- und der Jugendsozialarbeit, die Mitbestimmung und Einbeziehung von Jugendlichen auf allen Ebenen sowie die Berücksichtigung derer Interessen und Bedürfnisse. Wir wollen, dass Jugendpolitik als ein selbstständiges Politikfeld mit einem eigenen Selbstverständnis etabliert wird. Benachteiligte Jugendliche müssen stärker in den Fokus der eigenständigen Jugendpolitik rücken. Anstatt Geld für Rüstung und Kriege auszugeben, wollen wir sicherstellen, dass die Angebote der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit ausgeweitet werden und nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

3 FÖRDERUNG DER JUGENDHILFE AUF BUNDESEBENE

» Wie wollen Sie die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung aus § 83 SGB VIII auf Bundesebene stärken? Wie stellen Sie künftig eine bedarfsgerechte Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe auf der Bundesebene sicher? Wie wollen Sie in diesem Zusammenhang den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) weiterentwickeln, der u. a. die Förderung der Jugendverbände absichert? «

SPD: Junge Menschen brauchen verlässliche und starke Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe, damit sie heute und in Zukunft selbstbestimmt und kompetent handeln können. Jugendverbände, Jugendparlamente, Vereine und Verbände tragen wesentlich zur Beteiligung von jungen Menschen bei. Wir wollen sie bei ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen.

CDU CSU: CDU und CSU setzen sich für eine starke und bedarfsgerechte Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene ein. Wir wollen den Kinder- und Jugendplan (KJP) weiterentwickeln, stärken und sicherstellen, dass die Kinder- und Jugendhilfe nicht nur reagiert, sondern vorausschauend agiert. Wir werden die Mittel gezielt für die Stärkung von Angeboten der politischen Bildung, der Jugendarbeit und für innovative Projekte einsetzen. Durch gezielte Investitionen und Programme soll die Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN: Uns ist bewusst, dass in den vergangenen Jahren viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit weggebrochen sind. Dadurch sind besonders im ländlichen Raum wichtige Begegnungsorte für Kinder und Jugendliche verloren gegangen. Daher wollen wir ein Sonderprogramm auflegen und über zehn Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit aufzubauen und zu stärken. Wir haben uns trotz der angespannten Haushaltslage intensiv - und erfolgreich - für die Aufstockung des Kinder- und Jugendplans und insbesondere auch die Förderung der Jugendverbände eingesetzt und werden daran weiterhin festhalten.

Freie Demokraten FDP: Jugendtreffs, Workshops oder politische Bildung: Solche Angebote machen das Leben vielfältiger und geben Jugendlichen Raum, sich auszuprobieren. Wir Freie Demokraten schätzen die Arbeit der Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Sie hat große Bedeutung für die Teilhabe junger Menschen. Wir wollen, dass der Kinder- und Jugendplan des Bundes beibehalten wird, damit solche Projekte ausreichend Geld und weniger Bürokratie haben. Diese Förderung wollen wir daher fortsetzen und haben sie in den Haushaltsverhandlungen auch wiederholt als Priorität markiert. So können Jugendliche von spannenden Angeboten profitieren und ihre Interessen vertreten.

DIE LINKE: Die Linke setzt sich dafür ein, die Finanzierung über den sogenannten KJP deutlich zu erhöhen, um Jugendverbände, Freizeiteinrichtungen und Projekte nach ihren Bedarfen zu fördern. Es braucht einen Inflationsausgleich, damit Jugendverbände ihre Kosten decken können. Wir wollen niedrigschwellige, barrierefreie und wohnortnahe Angebote für alle Kinder und Jugendlichen. Diese müssen dauerhaft finanziert werden – das müssen die Kommunen und Länder leisten können. Viele Rechte von Jugendlichen – zum Beispiel auf kulturelle Selbstbestimmung – können nicht realisiert werden, weil die Kommunen gerade mal das Nötigste an Versorgung anbieten. Die Bedürfnisse junger Menschen müssen in die Planung und Weiterentwicklung der Jugendhilfe einfließen.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Angebote der Jugendsozialarbeit sowie außerschulische Angebote der Kinder- und Jugendarbeit dürfen nicht abgebaut, sondern müssen aufgebaut werden. Wir brauchen eine bedarfsgerechte finanzielle Absicherung und Erhöhung der Kinder- und Jugendhilfe. Weggefallene Strukturen der Jugendsozialarbeit und der Kinder- und Jugendarbeit müssen wiederaufgebaut werden. Zudem muss der Sanierungsstau in den entsprechenden Einrichtungen aufgelöst werden. Hierzu wollen wir ein Investitionsprogramm „Kinder und Bildung" auflegen. Der Bund muss sich aus unserer Sicht künftig an den Kosten beteiligen. Die Förderung der Jugendverbände muss nicht nur sichergestellt, sondern ausgeweitet werden. Eine Aufstockung des KJPs ist erforderlich.

4 JUNGES EHRENAMT

» Wie werden Sie die Freiwilligendienste weiterentwickeln? Was sind Ihre Pläne, um darüber hinaus das ehrenamtliche Engagement junger Menschen zu stärken? Werden Sie sich für ein vergünstigtes Deutschland-Ticket für junge Menschen einsetzen und seine Integration in die Jugendleiter*innen-Card (Juleica)? Ist ein Pflichtdienst aus Ihrer Sicht hierfür ein geeignetes Mittel? «

SPD: Das Engagement in der Zivilgesellschaft ist für Kinder und Jugendliche eine wertvolle Erfahrung und Teil von Bildung. Die Freiwilligendienste sind eine besondere Form des Engagements und – häufig nach einem Schulabschluss – beliebte Orientierungsphase. Vielerorts gibt es mehr Interessentinnen und Interessenten als Plätze. Wir wollen daher, dass Bund und Länder gemeinsam für eine bessere Finanzierung der Freiwilligendienste sorgen. Das „Taschengeld" wollen wir so ausgestalten, dass auch Jugendliche aus einkommensärmeren Haushalten sich für einen Freiwilligendienst entscheiden können.

CDU CSU: Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. CDU und CSU setzen sich daher für die Stärkung des Ehrenamtes und der Freiwilligendienste ein. Wir wollen beispielsweise das Ehrenamt steuerlich entlasten und die Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale spürbar erhöhen. Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr. Der Dienst für das Gemeinwohl bringt Menschen unterschiedlicher Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Er bietet die Chance, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, und trägt zur Persönlichkeitsbildung bei.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen beim Engagement auf Freiwilligkeit:
Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und Plätze im Bundesfreiwilligendienst ausreichend und verlässlich finanzieren. Auch bei der Bundeswehr setzen wir auf einen freiwilligen Wehrdienst.
Wir setzen uns weiter dafür ein, die Gelder für die Jugendverbände zu erhöhen. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine bundesweite Engagementkarte einführen, die den Besuch von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung des ÖPNV vergünstigt.

Freie Demokraten FDP: Du willst dich engagieren, ohne dass dir dabei Steine in den Weg gelegt werden? Genau das wollen wir auch. Wir setzen uns dafür ein, dass Freiwilligendienste wie FSJ oder FÖJ einfacher zugänglich und besser organisiert werden – und damit gut auf den Beruf vorbereiten können. Wichtig ist uns, dass alle Altersgruppen mitmachen können. Einen Pflichtdienst lehnen wir ab. Denn wir wollen nicht in eure Freiheit eingreifen. Bürokratie und Haftungsrisiken für Ehrenamtliche wollen wir senken, damit sich alle voll auf ihr Engagement konzentrieren können. Ein Vereinslotse soll helfen, alle trotzdem notwendigen Regeln zu verstehen. Ein vergünstigtes Deutschlandticket für Engagierte ist in erster Linie Sache der Bundesländer. Wenn dort die Finanzierung stimmt, spricht grundsätzlich nichts dagegen.

DIE LINKE: Die Linke lehnt einen Pflichtdienst (und natürlich auch den Wehrdienst) ab. Ehrenamt muss freiwillig sein. Stattdessen wollen wir Freiwilligendienste ausbauen und finanziell besser unterstützen, damit sie für alle zugänglich sind, unabhängig vom Einkommen. Ein vergünstigtes Deutschland-Ticket für junge Menschen und dessen Integration in die Jugendleiter*innen-Card (Juleica) unterstützen wir. Im Nahverkehr sollen Kinder und Jugendliche zum Nulltarif fahren. Um das ehrenamtliche Engagement zu stärken, fordert Die Linke außerdem eine stärkere finanzielle Unterstützung für Jugendverbände und eine bessere Anerkennung des Ehrenamts. Junge Menschen müssen flexibler über ihre Zeit bestimmen können – zum Beispiel durch flexiblere Schul- oder Arbeitszeiten.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Das Ehrenamt ist für uns eine zentrale Säule unserer Gesellschaft, weshalb wir es künftig gezielter fördern und unterstützen werden. Freiwilligendienste sind hierbei wichtige Orientierungsprogramme für junge Menschen und leisten einen wertvollen bildungspolitischen Beitrag. Sie sollten für alle Jugendlichen zugänglich sein. Deshalb müssen benachteiligte Jugendliche mehr Unterstützung erhalten, um den Zugang zu erleichtern. Teilnehmer an Freiwilligendiensten sollten insgesamt mehr Anerkennung für ihr Engagement erhalten und zusätzlich den ÖPNV gebührenfrei nutzen können. Wir wollen, dass der freiwillige Charakter der Freiwilligendienste erhalten bleibt.

5 DEMOKRATIE SICHERN

» Wie werden Sie Menschen und Organisationen stärken und schützen, die sich für unsere Demokratie einsetzen? Was planen Sie, um die freiheitlich demokratische Grundordnung auf Dauer zu gewährleisten? «

SPD: Wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Freiheit und Vielfalt einsetzen, durch das Demokratiefördergesetz, das langfristige Finanzierung sicherstellt. Initiativen vor Ort, die Demokratie stärken, bekommen dadurch die Unterstützung, die sie brauchen, um ihre wichtige Arbeit fortzusetzen. Gegen Extremismus, Hass und Hetze gehen wir konsequent vor – online und offline. Politische Bildung in Schulen, Betrieben und Jugendorganisationen wird gefördert, um demokratische Werte zu vermitteln und alle fit für Mitbestimmung zu machen. Wir setzen uns auch für Bürgerräte ein, damit mehr Menschen direkt an Entscheidungen beteiligt werden können.

CDU CSU: Wir stehen fest zu unseren demokratischen Grundwerten: Freiheit, Solidarität, Subsidiarität und Rechtsstaatlichkeit. Besonders wichtig ist uns die Demokratieförderung bei jungen Menschen. Wir wollen das Interesse für politische Themen und das Verständnis für politische Abläufe wecken.
Wir engagieren uns in der Prävention von Extremismus aller Art und setzen auf Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, Bildungseinrichtungen und der Zivilgesellschaft. Ein zentraler Baustein ist die Stärkung der politischen Bildung in Schulen. Wir setzen auf Dialog und Integration aller Bevölkerungsschichten, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Wir befürworten konsequente rechtsstaatliche Maßnahmen, einschließlich effektiver Strafverfolgung und Überwachung extremistischer Netzwerke jeder Art.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN: Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige Zivilgesellschaft. Programme wie „Demokratie leben!" wollen wir verlässlich fördern und mit einem Demokratiefördergesetz absichern. Frühzeitige Prävention verhindert, dass Menschen in den Extremismus abrutschen. Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlich Engagierten müssen stärker geahndet werden. Gegen demokratiezersetzende Angriffe und Einflussnahme autoritärer Regime müssen unsere Sicherheitsbehörden besser aufgestellt werden. Desinformation wollen wir stärker europäisch koordiniert entgegenwirken. Eine Änderung des Grundgesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts haben wir bereits umgesetzt.

Freie Demokraten FDP: Demokratie lebt vom Engagement. Vereine, Parteien und Initiativen, die sich für unsere freie Gesellschaft einsetzen, müssen gestärkt und geschützt werden. Wir wollen starke Sicherheitsbehörden, die zugleich deine Freiheitsrechte respektieren – einen Überwachungsstaat gibt es mit uns nicht! Radikalisierung, egal ob online oder offline, muss verhindert werden. Das Problem der islamistischen Influencer im Netz haben wir dabei streng im Blick und wollen hier alle Mittel des Strafrechts nutzen. Klar ist zugleich auch: Der Schlüssel für eine stabile Demokratie ist Bildung und Aufklärung.

DIE LINKE: Die Linke unterstützt Organisationen und Menschen, die sich für demokratische Werte einsetzen und Rechtsextremismus bekämpfen.
Wir wollen zivilgesellschaftliche Initiativen wie Bildungsprojekte, Antidiskriminierungsarbeit, antifaschistische Gegenkultur und Programme gegen Rechtsextremismus dauerhaft fördern und finanziell absichern.
Das schreiben wir in einem Demokratiefördergesetz fest. Demokratische Organisationen wie Attac und Campact müssen wieder als gemeinnützig anerkannt werden. Um die demokratische Grundordnung langfristig zu sichern, wollen wir mehr Mitbestimmung für alle schaffen – in der Schule, in der Uni und im Betrieb. Wir treten überall gegen Hass und Hetze ein und wollen Engagierte besser vor Bedrohungen und Gewalt schützen.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Gerade in existenziellen Fragen sollte der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, direkt zu entscheiden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass in wichtigen Fragen Volksentscheide ermöglicht werden. Demokratie kann nur funktionieren, wenn Lobbyismus und die Einflussnahme privater Unternehmen auf Gesetze und staatliches Handeln zurückgedrängt werden. Für das Zusammenleben in einer Demokratie ist es wichtig, dass Menschen ihre Meinung frei sagen und dass Debatten offen stattfinden können. Wir fordern die Beendigung der Finanzierung von Projekten, Programmen und Organisationen, die den öffentlichen Diskurs beeinflussen sollen und für bestimmte politische Meinungen stehen.

6 WAHLALTER UND KINDERRECHTE

» Ab welchem Alter sollen junge Menschen bei der Bundestagswahl künftig wählen dürfen oder selbst kandidieren können? In welcher Form wollen Sie die Kinderrechte in Deutschland stärken? Streben Sie an, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern? «

SPD: Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf echte Mitbestimmung!
Wir wollen starke Kinderrechte auch im Grundgesetz verankern, um Schutz, Beteiligung und Förderung sicherzustellen. Das aktive Wahlalter für die Wahlen zum Deutschen Bundestag wollen wir auf 16 Jahre absenken, damit junge Menschen hier mitentscheiden können – so wie es bereits bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und in zahlreichen Ländern und Kommunen möglich ist.

CDU CSU: Die Kopplung der Wahlberechtigung an die Volljährigkeit hat sich als sinnvoll erwiesen. Rechte und Pflichten müssen Hand in Hand gehen. Unser Rechtssystem überträgt jungen Menschen erst mit 18 Jahren die volle Verantwortung für ihr Handeln. Das Grundgesetz gilt für alle Menschen, auch für Kinder. Kindergrundrechte im Grundgesetz sollten ein Gewinn für die Kinder und ihre Anliegen sein, aber keine unnötige Einmischung des Staates in Familien provozieren. Das System zwischen Kindern, Eltern und staatlichem Wächteramt darf nicht verschoben werden. Träger des Erziehungsrechts sind die Eltern. Der Staat hat eine ergänzende Funktion, die nur greift, wenn die Erziehung durch die Eltern ausfällt.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN: Aktive Teilhabe von Menschen stärkt unsere Demokratie. Bei der letzten Europawahl konnten junge Menschen in Deutschland bereits ab 16 Jahren wählen. Das war ein großer Erfolg. Eine solche Absenkung fordern wir auch für die Bundestagswahlen. Damit ermöglichen wir jungen Menschen, frühzeitig Verantwortung zu übernehmen und die Gesellschaft mitzugestalten. Aber auch die Kinderrechte im Grundgesetz sind für uns ein wichtiger Baustein, der Impulse für das Recht auf Beteiligung und Teilhabe aller Kinder am gesellschaftspolitischen Leben gibt. Kinder und Jugendliche sind die Expert*innen in eigener Sache. Daher stärken wir sie darin, dass sie zu den tatsächlichen Akteur*innen und Gestalter*innen ihrer Lebenswelten werden.

Freie Demokraten FDP: Unser Ziel ist klar: Wir wollen ein aktives Wahlrecht ab 16. Junge Menschen übernehmen in vielen Lebensbereichen Verantwortung. Deshalb sollten sie die Chance haben, auch an der Wahlurne gehört zu werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, Kinderrechte wie das Recht auf Bildung ins Grundgesetz aufzunehmen. Für Kinder und Jugendliche mit Behinderung soll die Eingliederungshilfe unabhängig vom Einkommen der Eltern funktionieren – für eine bessere Teilhabe und Inklusion.

DIE LINKE: Die Linke fordert Wahlalter ab 16 Jahren (für alle Wahlen), damit junge Menschen frühzeitig politisch mitbestimmen können. Die Perspektiven und Anliegen junger Menschen werden in den überalterten Parlamenten dringend gebraucht. Kinderrechte wollen wir im Grundgesetz verankern und ihnen mehr Gewicht in der politischen Praxis geben. Dazu gehört der Rechtsanspruch auf soziale Teilhabe, Schutz vor Gewalt und bestmögliche Entfaltung. Deswegen wollen wir eine echte Kindergrundsicherung und Freiräume stärken, in denen Kinder und Jugendliche selbstbestimmt zusammen sein können: Jugendzentren, Schwimmbäder, Bibliotheken, Skateparks, öffentliche Sportplätze, etc.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Wir halten an der Regelung, ab der Volljährigkeit bei Bundestagswahlen wählen und selbst kandidieren zu können, fest. Wir wollen, dass endlich die Rechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden und setzen uns daher für eine Verankerung im Grundgesetz ein.

7 EUROPA & MIGRATION

» Wie planen Sie die Europäische Einigung weiter voranzubringen? Wie wollen Sie den freien Personenverkehr innerhalb des Schengen-Raums wieder vollumfänglich gewährleisten und dafür sorgen, dass die temporären Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen wieder beendet werden? Wie wollen Sie an den EU-Außengrenzen eine menschenrechtskonforme Geflüchtetenpolitik umsetzen? Wie wollen Sie die Chancen von Migration nutzen und den daraus entstehenden Herausforderungen begegnen? «

SPD: Wir fördern die Europäische Einigung, indem wir Grenzen abbauen, den Austausch von jungen Leuten etwa durch Programme wie Erasmus+ stärken. Europa soll solidarischer und enger zusammenwachsen. Der freie Personenverkehr wird vollständig gewährleistet. Die aktuellen Grenzkontrollen sollen rasch beendet werden. Dafür setzen wir auf stärkere Sicherung der Außengrenzen. Wir wollen faire Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, mit sicheren Unterkünften und ohne Pushbacks. Alle EU-Staaten sollen Verantwortung teilen. Migration ist eine große Chance für Gesellschaft und Wirtschaft. Die SPD will ausländische Fachkräfte gewinnen. Mit Sprach- und Integrationskursen sorgen wir dafür, dass Integration gelingt und alle von der Vielfalt profitieren.

CDU CSU: CDU und CSU wollen eine EU, die besser funktioniert und sich auf das Wesentliche konzentriert. Deshalb wollen wir mehr Europa nur dort, wo dies einen Mehrwert schafft. Dies gilt vor allem bei innerer und äußerer Sicherheit, Wirtschaft, Handel und Migration. Das europäische Asylsystem funktioniert aktuell nicht. Das muss sich ändern. Wir brauchen Reformen. Wir wollen, dass wir die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam schützen. Wenn die Außengrenzen geschützt sind, können die Grenzkontrollen an Binnengrenzen wieder entfallen. Wir wollen, dass jeder, der in der EU Asyl beantragt, ein Verfahren in einem sicheren Drittstaat erhält und bei Schutzbedürftigkeit dort Schutz erhält. Wenn dies umgesetzt ist, wollen wir mit jährlichen Kontingenten Schutzbedürftige direkt aus dem Ausland aufnehmen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN: Die Europäische Einigung ist heute wichtiger denn je. Wir wollen mehr gemeinsame Investitionen ermöglichen. Wir wollen Demokratie und Handlungsfähigkeit der EU stärken und sie erweitern. Das Recht auf Freizügigkeit zählt zu den größten Errungenschaften in Europa. Dauerhafte stationäre Binnengrenzkontrollen lehnen wir deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in Europa müssen wir aber wissen, wer nach Europa kommt. Daher sind rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen und eine zuverlässige Registrierung unabdingbar - mit einem effektiven Menschenrechtsmonitoring. Deutschland ist auf Einwanderung angewiesen und muss Ankommen erleichtern. Der stärkste Motor für Integration sind Arbeit und Beschäftigung. Das fördern und erleichtern wir.

Freie Demokraten FDP: Europa lebt von offenen Grenzen – ob beim Reisen oder dem Handel. Aktuell macht der Migrationsdruck Grenzkontrollen an den deutschen Landesgrenzen nötig. Denn wir brauchen mehr Ordnung und Kontrolle in der Migration. Umso wichtiger sind klare und faire Regeln an den EU-Außengrenzen, um die irreguläre Migration im Ansatz zu stoppen und zugleich Menschen in Not zu helfen. Deshalb wollen wir etwa Asylzentren an der EU-Außengrenze einrichten und die Grenzagentur Frontex stärken. Das ist der beste Weg, um den freien Personenverkehr im Schengen-Raum wieder vollumfänglich zu ermöglichen. Bei der Migration ist zugleich klar: Wir brauchen Einwanderung von klugen Köpfen, die hier arbeiten möchten. Ein Einwanderungsgesetzbuch soll das einfacher machen.

DIE LINKE: Die Linke setzt sich für ein soziales, solidarisches Europa ein, in dem die Rechte aller Menschen respektiert werden und sich alle frei bewegen können. Die Grenzkontrollen im Schengen-Raum müssen sofort beendet werden. Wir machen die Geflüchteten nicht zu Sündenböcken für hohe Mieten oder schlechte Gesundheitsversorgung - wie die anderen Parteien es tun. Wir verteidigen die Grund- und Menschenrechte! Wir wollen legale und sichere Fluchtwege schaffen, statt auf Abschottung zu setzen. Frontex soll abgeschafft und durch zivile Seenotrettung ersetzt werden. Migration sehen wir als Chance: Wir wollen gleiche Rechte für alle, unabhängig von Herkunft oder Pass. Dies meint den Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialen Rechten und Unterstützung bei der Integration.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Um Asyl- und Prüfverfahren zum Schutzstatus Geflüchteter an den EU-Außengrenzen durchführen zu können sowie um skrupellosen Schlepperbanden das Handwerk zu legen, ist eine engere europäische Zusammenarbeit notwendig. Wir wollen, dass die Prüfverfahren strikt nach rechtstaatlichen Kriterien durchgeführt werden, denn wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl für wirklich Schutzbedürftige, wollen aber zugleich die unkontrollierte Einwanderung in die EU beenden. Dies gilt auch für die sogenannten „Migrationspartnerschaften" der EU mit Drittstaaten. Grundsätzlich wollen wir Migration stärker regulieren und begrenzen. Wir können nur so viele Menschen aufnehmen, wie wir auch integrieren können.

8 STAATSHAUSHALT

» Wie wollen Sie genug Geld für die notwendigen umfassenden Investitionen in die Infrastruktur und in Angebote für junge Menschen bereitstellen? Wie gehen Sie mit der Schuldenbremse um? «

SPD: Für eine gute Zukunft des Landes ist heute eine umfassende Modernisierung nötig. Wir stehen für eine generationengerechte Finanzpolitik, die notwendige Investitionen nicht länger auf künftige Generationen abwälzt. Die Verankerung der Schuldenregel im Grundgesetz soll stabile Staatsfinanzen sicherstellen. Jedoch ist die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und Zukunft ausgelegt. Wir möchten die Schuldenbremse grundlegend reformieren, um mehr Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Zudem schaffen wir einen Deutschlandfonds, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert, um wichtige Investitionsbedarfe erfüllen zu können, wie etwa bei Strom- und Wärmenetzen, E-Ladesäulen oder beim Wohnungsbau.

CDU CSU: Wir halten an der Schuldenbremse fest. Denn wir wollen verhindern, dass unseren Kindern und Enkeln hohe Schulden aufgebürdet werden.
Wir werden Steuern sowohl für Bürger als auch für Unternehmen senken. So werden Unternehmen mehr investieren können. Generell setzen wir auf eine Wirtschaftspolitik, die das Wirtschaftswachstum ankurbelt. Wenn die Wirtschaft wächst, steigen auch die Einnahmen des Staates. Zu Beginn der neuen Wahlperiode machen wir einen ehrlichen Kassensturz im Bundeshaushalt und hinterfragen alle Ausgaben. Ausgaben, die ihr Ziel verfehlen, müssen entfallen. Das schafft Spielräume für unseren Politikwechsel.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN: Wir wollen Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen und so für zusätzliche Einnahmen sorgen. Die Schuldenbremse möchten wir reformieren und wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Zudem schlagen wir einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen vor. Damit reparieren wir unsere marode Infrastruktur. Wir investieren in sauberen und billigen Strom, in Bus und Bahn, in Schulen und KiTas, in Schwimmbäder und Sportplätze, in bezahlbare Wohnungen, in faire Chancen, eine moderne Wirtschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Freie Demokraten FDP: Wir finden es unfair, dass künftige Generationen für heutige Schulden zahlen sollen. Deshalb halten wir uns an die Schuldenbremse, die fest in unserem Grundgesetz steht. Sie ist gelebte Generationengerechtigkeit. Ein Staat wie Deutschland muss es schaffen, seine Grundaufgaben wie Investitionen in Infrastruktur und Bildung aus seinen Staatseinnahmen zu stemmen – ohne immer mehr Schulden aufzunehmen. Der Staatshaushalt umfasst fast 500 Milliarden Euro. Das zeigt: Wir haben kein Einnahmeproblem. Mit weniger Bürokratie, gezielten Investitionen und einem effizienten Staat können wir genug Geld für Bildung, Infrastruktur und Jugendangebote bereitstellen. So bleiben wir fair gegenüber der Zukunft.

DIE LINKE: